

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Harald Kühn

Abg. Andreas Krahl

Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer

Abg. Andreas Winhart

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Abg. Bernhard Seidenath

Abg. Susann Enders

Staatsminister Klaus Holetschek

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Haushaltsplan 2022

Einzelplan 14

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/20493 mit 18/20501 und 18/20539)

Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drsn. 18/20454 mit 18/20459)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/20269 mit 18/20283)

Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/20408 mit 18/20415 und 18/20417 mit 18/20422)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/20161 mit 18/20171)

Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/20200 mit 18/20211)

Einzelheiten können Sie der Tagesordnung entnehmen. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat auch hier 45 Minuten. Die Redezeiten sind Ihnen mittlerweile bekannt. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu ihren beiden Änderungsanträgen auf den Drucksachen 18/20411 und 18/20413 einfache Abstimmung beantragt hat. Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Harald Kühn für die CSU-Fraktion das Wort.

Harald Kühn (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Staatsminister Holetschek, Hohes Haus! Gerade in diesen Zeiten wird uns bewusst, welch großes Privileg es ist, in Frieden und Freiheit leben zu dürfen. Unsere Gedanken sind in besonderer Weise bei den Menschen in der Ukraine. Der Freistaat Bayern bietet zahlrei-

chen Kriegsflüchtlingen Schutz und Sicherheit. Hierzu zählt auch eine sachgerechte medizinische Versorgung. Im Übrigen wird durch diesen furchtbaren Krieg auch deutlich, welche große Bedeutung eine funktionsfähige Landesverteidigung hat.

Auch in diesem Jahr gilt meine Anteilnahme allen Opfern und Leidtragenden der Corona-Krise. Gleichzeitig danke ich allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die in welcher Form auch immer durch ihr Engagement dazu beigetragen haben, die schwierige Situation zu verbessern. Ich persönlich gehe nach wie vor davon aus, dass die Entscheidungen der Bundesregierung und der Landesregierungen seit zwei Jahren jeweils auf der Basis von umfassenden medizinisch-wissenschaftlichen Empfehlungen erfolgen. Diese brachten und bringen klar zum Ausdruck, dass nur damit, wie die ehemalige Bundeskanzlerin unter anderem am 11. März 2020 betonte, eine Überlastung des deutschen Gesundheitssystems, insbesondere der Krankenhäuser und Intensivstationen, und damit ein noch weit größerer Schaden für unser Land verhindert werden konnte.

Mit dieser Prämisse kam es offenbar zu den tiefgreifenden gubernativen Verhältnismäßigkeitsentscheidungen, von denen ich annehme, dass diese aus der Sicht der Regierungsverantwortlichen die entscheidende Grundlage für die sogenannten Corona-Maßnahmen und die damit auch verbundenen erheblichen finanziellen Auswirkungen waren.

Leider muss man feststellen, dass es weiterhin nicht wenige Betroffene dieser Maßnahmen gibt. Das betrifft die medizinischen, psychologischen, pädagogischen und wirtschaftlichen, aber auch die finanziellen Folgen. Deshalb habe ich persönlich Verständnis für diejenigen, die sich mit Fragen und Kritik an die zuständigen Regierungsstellen gewandt haben. Ich betone ausdrücklich, dass das nichts mit Corona-Leugnern zu tun hat; denn zu leugnen gibt es nichts. Das Virus und seine Mutationen sind da und werden voraussichtlich bleiben.

Wichtig ist, dass ein Weg hin zu möglichst viel Normalität gefunden wird. Gerade in den vergangenen zwei Jahren konnten wir feststellen, dass wir grundsätzlich über eine sehr leistungsfähige medizinische Versorgung verfügen, und zwar in der Stadt wie auf dem Land, mit einem effizienten System privater und öffentlicher – auch als wichtiger Teil der kommunalen Daseinsvorsorge – Angebote. Auch deshalb können wir froh sein, in Deutschland, in Bayern leben zu dürfen.

Durch den medizinischen, wirtschaftlichen und technischen Fortschritt, die demografische Entwicklung und das zunehmende Gesundheitsbewusstsein der Menschen steigt die Lebenserwartung und damit die Relevanz der Gesundheitswirtschaft. Die bayेरische Gesundheitswirtschaft hat neben den Versorgungsaufgaben große strukturpolitische Bedeutung. 800.000 Arbeitsplätze, rund 50 Milliarden Euro Bruttowertschöpfung – das sind schon beachtliche Größen. Sie trägt zur Schaffung bzw. Sicherung von qualifizierten Arbeitsplätzen vor allem im ländlichen Raum bei.

Leistungsfähige Krankenhäuser sind ein wesentlicher Teil davon. Insofern ist es erfreulich, dass für 2022 im Krankenhausetat insgesamt – mit den Kommunen – 643 Millionen Euro im Einzelplan 13 vorgesehen sind. Der Landesanteil am Krankenhauszukunfts fonds für die IT-Optimierung umfasst 180 Millionen Euro für die Jahre 2021 und 2022. Mit dem Sonderfonds Corona-Pandemie werden von der Staatsregierung Ansätze zur Verminderung der Auswirkungen der Corona-Krise für alle Ressorts in Höhe von 4,1 Milliarden Euro im Einzelplan 13 veranschlagt.

Mit dem Einzelplan 14 für 2022 werden im Rahmen der Landeskompetenzen weiterhin die entscheidenden Voraussetzungen für die bestmögliche Versorgung in unserem Land bereitgestellt. Der Regierungsentwurf umfasst ein Gesamtvolumen von rund 885 Millionen Euro; das sind rund 6 % mehr als im vergangenen Jahr. Im Personalhaushalt sehen wir insgesamt 1.756 Stellen an drei Standorten in München und an drei Standorten in Nürnberg vor.

Mit dem vorliegenden Entwurf setzt die Staatsregierung auch den zwischen Bund und Ländern vereinbarten Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst weiter um. Verteilt auf die Jahre 2022 bis 2026 werden aus dieser Vereinbarung 425 Stellen, davon 161 im Einzelplan 14, neu veranschlagt. Damit wird auch die Handlungsfähigkeit der Gesundheitsbehörden vor Ort wesentlich gestärkt.

Vor diesem Hintergrund will ich zu den Sachpunkten erwähnen, dass gerade die Stärkung des ländlichen Raums auch in diesem Einzelplan große Bedeutung hat. Ich nenne hier nur exemplarisch die Stichworte Landarztprämie, Programm für Kurorte und Heilbäder, neues Stipendienprogramm für Medizin-Studenten. Auch das Förderprogramm für die Gesundheitsregionen plus – 60 an der Zahl, heuer drei neue – kommt sehr gut an und ist ein wichtiger Beitrag. Ebenfalls bedeutsam sind für uns die Fördermaßnahmen im Bereich der Unterstützung von Hebammenleistungen bzw. der Geburtshilfe in Höhe von 31 Millionen Euro sowie der Digitalisierung in Krankenhaus und Pflege mit rund 14 Millionen Euro.

Das Thema Pflege ist wieder fest verankert. Bedeutsam sind mit rund 100 Millionen Euro die Umsetzung des Pflegeberufgesetzes, das neu aufgelegte Stipendienprogramm für Pflegestudenten und das der Staatsregierung sehr wichtige Landespflegegeld in Höhe von 430 Millionen Euro. Die Familienpflege findet sich mit 7 Millionen Euro wieder. Die Bereiche der Kurzzeitpflege, die Qualifizierungsmaßnahmen in der Pflege sowie die Umsetzung der Bayerischen Demenzstrategie, sind mit 23 Millionen Euro verankert.

Die Pflegestützpunkte werden weiter ausgebaut. 32 sind in Betrieb, 16 im Entstehen. Der Neu- und Ausbau von Pflegeheimen ist mit insgesamt 100 Millionen Euro verankert. Auch hier geht immer mehr; aber ich denke, wir sind mit der Förderrichtlinie "Pflege im sozialen Nahraum" sehr gut unterwegs. 1.000 Plätze waren damals als Ziel ausgegeben; nach zwei Jahren hatten wir bereits über 2.500. Die Prävention und der Gesundheitsschutz sind mit den bekannten Themen bis hin zum Jahresthema Herzinfarkt mit insgesamt 65 Millionen Euro auch wieder gut vertreten.

Meine Damen und Herren, der Mensch steht im Mittelpunkt unserer Politik. Die Pflege und die Begleitung von Schwerstkranken und Sterbenden sind ein Gebot der Menschlichkeit. Deshalb haben wir die Mittel für die palliativmedizinische und die geriatrische Versorgung sowie für den Hospizbereich entsprechend fortgeschrieben.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade in dieser schwierigen Zeit zeigt sich der breiten Öffentlichkeit die außerordentlich große Bedeutung der Arbeit des gesamten medizinischen Personals einschließlich privater Gesundheits- und Pflegeanbieter sowie der sozialen Wohlfahrtsverbände. All diesen für das Funktionieren unseres Gemeinwesens so wichtigen Menschen sei bei dieser Gelegenheit vielmals gedankt. Ich danke auch allen verantwortlichen Vertretern der Bayerischen Staatsregierung mit Herrn Staatsminister Holetschek an der Spitze, der Staatsverwaltung, den Oppositions- und den Regierungsfractionen. Ich bedanke mich sehr herzlich bei den Vorsitzenden der beiden Ausschüsse, Bernhard Seidenath und Josef Zellmeier. Das Hohe Haus bitte ich um Zustimmung zum Entwurf des Einzelplans 14. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Kollege Andreas Krahl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Andreas Krahl (GRÜNE): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ja, bereits Stunden, nachdem die neue Ampel-Regierung in Berlin die Verantwortung übernommen hatte, fing die Staatsregierung hier in Bayern an, sich aus der Verantwortung für diesen Freistaat zu ziehen. Die neue Liberalitas Bavariae der Staatsregierung ist es anscheinend, sich möglichst überall in diesem Freistaat nicht mehr zuständig zu fühlen. Genau nach diesem Motto hört man, seit die Ampel in Berlin vereidigt wurde, den Gesundheitsminister auf bayerischer Ebene zwar mit klugen Ideen um die Ecke kommen. Deren Umsetzung fordert er aber ständig nur von der Bundesregierung ein. Stattdessen sollte er den Hebel umlegen und in der so wichtigen Gesundheits-

und Pflegepolitik – Herr Kollege Kühn hat es angesprochen – das Zepter des Handelns endlich selbst in die Hand nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man müsste meinen, dass nur geringe finanzielle Mittel im bayerischen Staatshaushalt dafür eingeplant werden, wenn es auf bayerischer Ebene angeblich so wenige Kompetenzen gibt. Schaut man aber in den bayerischen Staatshaushalt, fliegt einem eine ganz andere Zahl um die Ohren: 885 Millionen Euro für diesen wichtigen Bereich! Diese 885 Millionen Euro sind aber – das kann ich vorwegnehmen, sehr geehrter Herr Minister – komplett falsch eingeplant und fließen komplett in die falsche Struktur.

Ich kann Ihnen aber auch weiterhelfen. Herr Kollege Kühn, Sie haben das Landespflegegeld angesprochen. Noch immer geben wir jährlich 430 Millionen Euro für ein extrem teures Wahlgeschenk der Söder-Regierung von 2018 an die Bürger und Bürgerinnen aus. Der Nutzen dieser 430 Millionen Euro für die Pflege-Infrastruktur im Freistaat ist gleich null. Ich frage Sie: Wären diese 430 Millionen Euro nicht besser in sektorenübergreifenden Initiativen angelegt? Wären diese 430 Millionen Euro nicht besser in nachhaltigen Versorgungsmodellen angelegt? Wären diese 430 Millionen Euro nicht besser in Beratungs- und Unterstützungsangeboten angelegt? – Herr Kühn, Sie haben die Pflegestützpunkte angesprochen. Diese 430 Millionen Euro wären auf jeden Fall besser in Gesundheitsförderung angelegt, um Prävention für Pflegende zu stärken, und zwar unabhängig davon, ob es sich um professionell Pflegende handelt oder um Angehörige, die sich ihrer Pflegeperson widmen. Jede pflegende Person zählt, Herr Minister.

Wir können es uns im Jahr 2022, gerade nach dieser Pandemie, schlicht nicht leisten, auch nur eine einzige weitere Pflegefachperson zu verlieren. Der Barmer-Pflegereport zeigt doch, dass die Zahl der Menschen, die in Zukunft auf Pflege angewiesen sein werden, noch dramatischer wächst, als wir es uns im vergangenen Jahr hätten vorstellen können. Die pflegenden Angehörigen zu Hause können nicht mehr schultern. Auch

die hätten dieses Wahlgeschenk von 430 Millionen Euro deutlich besser verwenden können, wenn man es in Gesundheitsförderung, in Kurzzeitpflege, in Tagespflege oder einfach in Präventionsprogramme gesteckt hätte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wo ist denn die Landespflegestrukturplanung? Wo sind die Beratung und die Unterstützung in der Fläche? Wo sind die versprochenen Pflegestützpunkte? Im Übrigen, Herr Kühn, haben Sie 16 an der Zahl, die es zusätzlich geben soll, angesprochen. Im Jahr 2008 war geplant, dass in jedem einzelnen Landkreis in diesem Freistaat ein Pflegestützpunkt entstehen soll. Da bringen uns die 16, die dann im nächsten Jahr entstehen, auch nur maßvoll weiter.

Wo ist das, was der Minister auf Bundesebene fordert, hier in diesem Haushalt zu finden? Es ist schlicht nicht vorhanden. Wo ist die Förderung von innovativen Konzepten, Advanced Nursing Practice, mobile Teams, Demenz-WGs oder sektorenübergreifende Versorgung? All das, meine Damen und Herren, liegt in der Kompetenz des Freistaats Bayern und damit, sehr geehrter Herr Holetschek, auch in Ihrer Kompetenz. Wo ist eigentlich der Meisterbonus für fachweitergebildete Pflegekräfte, die heute noch immer verzweifelt versuchen, auch nur eine Rechnung mit der sogenannten harten Holetschek-Währung, dem bayerischen "Vergelts Gott", zu bezahlen? Wo erkennen Sie, lieber Herr Minister, dass 14 Millionen Euro für eine Digitalisierungsoffensive wahrscheinlich nicht einmal dafür reichen, dass man die Münchner Kliniken auf den digitalen Stand des Jahres 2022 bringt?

Sie haben versucht – und das möchte ich auch ausdrücklich sagen –, die grüne Forderung nach einer Steigerung der in Bayern – das sei mir auch erlaubt zu sagen – bedauerndswert niedrigen Akademisierungsquote in der Pflege umzusetzen und hier auch Mittel einzustellen. Dafür erst einmal Danke. Aber es kommt zu wenig. Ich kann auch sagen, warum zu wenig kommt. Der Wissenschaftsrat der Bundesregierung fordert eine Akademisierungsquote – im Übrigen waren wir uns da im Ausschuss auch einig,

dass wir die erreichen wollen – von 20 % in der professionellen Pflege. Bayern steht bei 0,4 %. Bei 0,4 %! 20 % sollen wir erreichen. Das heißt, wir müssen das Ganze in den nächsten Jahren verzwanzigfachen. Warum ist denn das Interesse an den primär qualifizierenden Pflegestudiengängen noch immer so gering? – Weil es für die Studierenden noch immer keine Vergütung für ihre Praxiseinsätze gibt. Ja, Sie wollen sich auf der Bundesebene für eine einheitliche Regelung einsetzen. Aber hier, konkret im Freistaat Bayern, müssen die Stipendien ausbezahlt werden. Dort muss Geld investiert werden, da haben wir Nachholbedarf. Dort müssen die Unis und die Hochschulen auch so auskömmlich finanziert werden, dass es leicht ist, die noch immer fehlende Refinanzierung der Praxisanleitung im Rahmen des Studiums dann auch wirklich umzusetzen und mit den entsprechenden Mitteln auszustatten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Übrigen – und damit komme ich zu dem alljährlich gleich gewählten Schluss bei der Haushaltsdebatte – bin ich auch im Jahr 2022 noch immer der Meinung, dass es die professionelle Pflege, der Freistaat Bayern und die dort arbeitenden Pflegekräfte redlich verdient hätten, endlich eine eigene berufsständische Selbstverwaltung im Form einer Pflegekammer zu bekommen, nachdem Island, Norwegen und die ganzen skandinavischen Länder über das hundertjährige Jubiläum ihrer Pflegekammern bereits hinaus sind.

Ich möchte diese Selbstverwaltung – und ich betone Selbstverwaltung –, weil dieses Mochtegern-Konstrukt der Vereinigung der Pflegenden in Bayern auch dieses Jahr wieder vollfinanziert im Haushalt steht. Warum steht es denn vollfinanziert drin? – Wes Brot ich ess, des Lied ich sing. Haben es Pflegefachkräfte in diesem Land wirklich verdient, dass sie der Staatsregierung nach dem Mund reden müssen, weil sie entsprechend finanziert werden? – Wir als grüne Landtagsfraktion sagen: Eindeutig nein!

Nach über acht Minuten der Aussprache von meiner Seite liegt, glaube ich, unser Abstimmungsverhalten zu dem Haushaltsentwurf nahe: Ein Nein aus voller Überzeu-

gung! So kann man mit der professionellen und der Angehörigenpflege in diesem Freistaat nicht umgehen. Wir brauchen diese Menschen, und wir müssen es schaffen, dass diese Menschen mit all unserer finanziellen Macht, die wir haben, in Zukunft ihre individuellen Aufgaben in unserem Gesundheitssystem auch leisten können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Kollege Professor Dr. Peter Bauer von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Corona-Pandemie hat der Gesamtgesellschaft schonungslos, ehrlich und drastisch vor Augen geführt, welche schier unglaublichen Leistungen die stationären Pflegekräfte und die pflegenden Angehörigen tagein, tagaus leisten, 365 Tage, 24 Stunden jeden Tag. Herzlichen Dank dafür! Das muss an der Stelle mal deutlich gesagt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Das gilt insbesondere auch für die pflegenden Angehörigen, die ja in der Öffentlichkeit sehr schlecht weggekommen bzw. gar nicht erwähnt worden sind. Bei den Vorrednern habe ich das auch sehr vermisst, Herr Krahl. Pflegende Angehörige leisten rund 70 % aller Pflegeleistungen. Besonders belastet sind die Frauen – die Frauen, die zum allergrößten Teil zu Hause pflegen, die Frauen, die bereits dreifach belastet sind: mit dem eigenen Beruf, mit der Haushaltsführung, mit der Kinderbetreuung während der Homeoffice-Zeit. Das müssen Sie sich alles einmal vorstellen. Ich verneige mich mit Respekt und tiefer Dankbarkeit vor dieser großartigen Leistung. Noch einmal herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Als Patienten- und Pflegebeauftragter bin ich sehr dankbar, dass im Haushaltsplan – das ist ja vorhin schon gesagt worden – 6 % mehr Mittel zur Verfügung stehen. Des-

wegen möchte ich ganz gern im Schnelldurchgang erläutern, was mir als bayerische Leistungen besonders am Herzen liegt, Herr Krahl. Da sollten Sie vielleicht noch einmal ein bisschen näher hinschauen:

Alt werden in der Heimat – das ist unser Ziel, das ist unser zentraler Anspruch. Deswegen haben wir die Schaffung von Kurzzeitpflegeplätzen mit 6,5 Millionen Euro im Haushalt zusätzlich gefördert. Die Verpflichtungsermächtigungen betragen noch einmal 8,5 Millionen Euro. Deswegen möchte ich auch eine ganz klare Kritik an der Grundsatzrede von Herrn Hartmann von den GRÜNEN zu Beginn der Plenarsitzung bzw. der dreitägigen Debatte richten. Er hat das nämlich völlig falsch dargestellt. In Bayern werden Kurzzeitpflegeplätze geschaffen, und es ist nicht richtig, es ist schlichtweg falsch zu sagen, dass wir hier stehenbleiben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir erhöhen den Ausgleichsfonds – Pflegeberufegesetz – um 24,5 Millionen Euro. Auch die Stipendienvergabe haben wir in Bayern mit der Akademisierung in Angriff genommen, mit 1,2 Millionen Euro. Der besondere Schwerpunkt ist PflegesoNah, ich hatte das eingangs schon erwähnt. Das wird eine Daueraufgabe sein, und da werden wir dranbleiben. Darauf können Sie sich verlassen. Spiritual Care ist auch ein ganz wichtiges Projekt, auch für mich persönlich, weil es nämlich die Benefits für die Pflegenden erarbeiten soll. Dieses Forschungsprojekt, diese Langzeitstudie schieben wir an. Davon hat auch jeder Pflegende etwas. Der internationale Pflegecampus in Bad Windsheim hat auch ein Thema, an dem wir wirklich vor Ort arbeiten müssen, nämlich die Schwerpunktaktivierung zivilgesellschaftlichen Engagements zur Bekämpfung des Pflegenotstands.

Was mir auch und ich glaube uns allen am Herzen liegt, ist das Kinderhospiz Sternenzelt in Mainfranken. Herr Kühn hat es in seiner Rede schon erwähnt. Auch das fördern wir. Das ist ein ganz emotionales Thema, um das sich der Freistaat Bayern geküm-

mert hat. Da rufen wir nicht nach dem Bund, sondern das machen wir selber. Wir machen genug selber, das kann ich Ihnen mal ins Stammbuch schreiben.

Auch die Stiftung für Innovative Medizin in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Neuropathologie und Prionforschung ist in unserem Haushalt mitenthalten. Die Be- und Entlüftung des Kreiskrankenhauses in Kulmbach ist auch ein örtliches Projekt, das wir fördern. Sie können nicht sagen, wir stellen uns hier hin und rufen nach dem Bund, sondern wir machen das, was wir können.

Pflege geht uns alle an, früher oder später. Die Bayernkoalition nimmt dies sehr ernst und reagiert richtig. Ich bitte um die Zustimmung zu unserem Einzelplan.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Andreas Winhart von der Fraktion der AfD.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ist dieser Haushalt im Einzelplan für das Gesundheitsministerium schon Post-Corona, schon nach der Corona-Zeit, oder ist er noch mittendrin, meine Damen und Herren? Wir merken: Es neigt sich allmählich dem Ende zu. Wir haben Gott sei Dank wieder andere Themen. Aber während wir hier diskutieren, muss jeder wissen: Heute ist Mittwoch. Am Mittwoch sind die meisten Mahnwachen in Bayern. Auch heute gehen wieder Hunderte von Menschen auf die Straße; denn morgen wird im Bundestag über die allgemeine Impfpflicht entschieden. Die Menschen sind immer noch unzufrieden mit dem, was dort verabschiedet werden soll unter dem Vorwand "nur ab 60 plus", aber mit einem Hintertürchen, dass die Impfpflicht jederzeit für die Allgemeinheit aktiviert werden könnte. Das ist keine verlässliche und vertrauenswürdige Politik, was die Ampel da in Berlin veranstaltet, meine Damen und Herren.

Natürlich haben wir hier einige Herausforderungen vor uns. Man hat mit Long-COVID-Patienten zu kämpfen. Das ist nicht abzustreiten. Da kommt noch einiges auf uns zu. Aber wir haben in Zukunft genauso mit Patienten zu kämpfen, die Impfschäden davongetragen haben. Die werden auch laut der Mainstream-Presse jeden Tag mehr.

Die öffentlichen Kliniken in Bayern weisen für die letzten zwei Jahre zum Großteil ein großes Defizit auf. Auch das wird einen großen Einfluss auf unsere Politik hier im Landtag haben. Viele Behandlungen wurden aufgeschoben, weil die Leute die eine oder andere OP nicht angetreten haben. Wir haben das Thema Prävention in den letzten beiden Jahren während Corona komplett vernachlässigt. Viele Leute sind nicht zu den notwendigen Vorsorgeuntersuchungen gegangen, weil sie sich dann vielleicht testen hätten müssen oder weil sie vielleicht Schwierigkeiten hatten, überhaupt einen Termin zu bekommen. Natürlich hat die Corona-Krise den Pflegemangel massiv verstärkt, meine Damen und Herren. Da sind wir wieder bei dieser sehr unseligen partiellen Impfpflicht,

(Zuruf)

die dazu beigetragen hat, dass die extrem niedrige Personaldecke noch mal dünner geworden ist, meine Damen und Herren. Das war nicht zielführend.

(Beifall bei der AfD)

Bleiben wir beim Thema Pflege. Was wurde in der letzten Zeit angegangen? – Die Themen Akademisierung und Generalistik, meine Damen und Herren. Wir von der AfD haben gewarnt: Macht es bitte nicht! – Jeder hat in den Chor eingestimmt: Doch, das muss sein! Das bringt uns voran. – Was ist in der Praxis draußen passiert, meine Damen und Herren? – Die Pflegekräfte sind demotiviert worden, weil sie demnächst eine 25-jährige oder 23-jährige Absolventin mit einem Bachelor-Abschluss vor die Schnauze gesetzt bekommen, die sie dann in ihrer neuen Führungsposition herum-scheucht. Das motiviert doch keine examinierten Pflegekräfte, die jetzt noch eine Stufe weniger auf der Karriereleiter erklimmen können.

Das ist nicht gut, meine Damen und Herren. Da haben wir einen großen Fehler gemacht. Das muss zurückgenommen werden. Wir haben mit der Einführung der Generalistik – das wird sich in den nächsten Jahren verstärken – die Altenpflege mehr oder weniger ausbluten lassen. Das geht eindeutig auf Ihre Rechnung!

Aber wir von der AfD bieten Lösungen an, meine Damen und Herren. Es geht nicht darum, nur zu mäkeln, wie es der Herr Krahl eben gemacht hat. Nein, wir wollen Lösungen anbieten. Ich weiß, dass Sie sich mit AfD-Anträgen immer schwertun.

(Zurufe)

– Oh! Jetzt mal aufpassen! – Ein guter Vorschlag von uns ist beispielsweise, die Digitalisierung in der Pflege voranzutreiben und deutlich mehr Geld zur Verfügung zu stellen, als es im Haushaltsvorschlag der Regierung der Fall ist. Dazu haben wir auch einen entsprechenden Antrag gestellt. Sie können gleich mal zeigen, wie ernst es Ihnen mit der Digitalisierung der Pflege ist, indem Sie nachher in der Einzelabstimmung unserem Antrag zustimmen, werte Kollegen, die gerade gemurrt haben.

Dann haben wir das Thema Landespflegegeld, meine Damen und Herren. Jeder, der regelmäßig im Ausschuss ist, weiß: Wir haben da immer noch diese Probleme mit dem Ausschütten. Das funktioniert immer noch nicht. Auch hier ist endlich Abhilfe zu leisten.

Dann haben wir die Vereinigung der Pflegenden. Wie viele Pflegende repräsentiert diese Vereinigung denn, meine Damen und Herren? – Die haben überhaupt keine Mitgliederzahl, die nennenswert ins Gewicht fällt. Wir geben aber trotzdem einen Haufen Geld dafür aus. Das kann nicht sein. Hier muss gespart werden. Entweder ist es ein Verein, der sich selbst trägt, meine Damen und Herren, oder es ist eine Kammer. Dann muss eine Pflichtmitgliedschaft bestehen. Aber irgendetwas dazwischen, das wir subventionieren, kann nicht sein.

Das Pflegeprojekt PflegesoNah ist ein Erfolg. Das muss man ganz klar sagen. Aber wir sehen auch, dass das Antragsvolumen die Mittel deutlich übersteigt. Hier ist ein klarer Bedarf aus der Bevölkerung zu erkennen. Jetzt frage ich mich, warum man hier die Mittel weiterhin so niedrig hält und sie nicht massiv ausbaut, vor allem wenn es um die ambulante Pflege geht, um Zutrittsmöglichkeiten zu schaffen und den Leuten zu helfen, meine Damen und Herren. Hier wäre eine Mittelerhöhung überfällig.

Da wir gerade bei der ambulanten Pflege sind: Wir können uns schon mal überlegen, wie wir bei der ambulanten Pflege weitermachen, weil die Pflegenden mit dem Auto herumfahren. Wie soll das noch funktionieren, wenn die Spritpreise weiter ansteigen und die CO₂-Steuer noch dazukommt? Das können Sie von den ganzen Altparteien sich mal überlegen. Meine Damen und Herren, wir haben hier versucht, konstruktiv etwas beizutragen. Das ist von Ihrer Seite anscheinend nicht gewünscht. Wir werden trotzdem mit den Menschen draußen darüber sprechen, wie man es besser hätte machen können. In diesem Sinne ist es klar, dass wir diesen Einzelplan ablehnen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächste Rednerin ist die Kollegin Ruth Waldmann von der SPD-Fraktion.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Die Pandemie hat deutlich gezeigt, was vorher auch schon, eigentlich immer schon gegolten hat: Gesundheit ist vielleicht nicht alles; aber ohne Gesundheit ist alles nichts. – Der Haushalt für Gesundheit und Pflege muss daher ein Kernstück der bayerischen Politik sein. Hier geht es darum, die gesundheitliche Versorgung für alle sicherzustellen. Der Zugang zu den jeweils besten medizinischen Behandlungen muss allen offenstehen, auch Menschen mit sozialer Benachteiligung, Älteren oder für Menschen mit Behinderung. Geld, das in diesen Haushalt fließt, ist gut angelegtes Geld. Das meine ich ziemlich wörtlich. Dieses Geld wird angelegt, also investiert in eine gemeinsame gesundheitliche Versor-

gung. Das ist kein Geld, das ausgegeben wird und dann einfach weg ist, sondern wir schaffen damit die Grundlage für eine gemeinsame gesunde Zukunft.

Wir als SPD-Fraktion haben deswegen unsere Anträge und Vorschläge unter den Titel und das Motto gestellt: Investitionen in die gesundheitliche und soziale Infrastruktur. – Das heißt, wir wollen in die Pflege investieren. Es geht uns um die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte, um die Anwerbung und Ausbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und um die Rückgewinnung von top ausgebildeten Menschen, die den Pflegeberuf inzwischen verlassen haben oder die in Teilzeit gegangen sind. Dazu haben wir einen Rückkehrbonus vorgeschlagen.

Wir wollen in den Ausbau und die Modernisierung von Altenpflegeeinrichtungen investieren. Wenn eine Sanierung oder ein Umbau nicht mehr sinnvoll ist, dann müssen auch Ersatzneubauten angemessen gefördert werden.

Ganz wichtig ist: Bekanntlich wird der größte Anteil der Pflege zu Hause geleistet. Nach wie vor sind die pflegenden Angehörigen der größte Pflegedienst der Nation. Ohne sie geht es nicht. Doch viele sind zunehmend belastet und überfordert. Die pflegenden Angehörigen zu unterstützen, ist eine weitere wichtige und geradezu unverzichtbare Investition. Deswegen muss der Ausbau der Pflegestützpunkte im ganzen Land dringend weiter vorangebracht werden.

(Beifall bei der SPD)

Dabei müssen wir auch unbedingt die Kommunen durch eine stärkere finanzielle Beteiligung des Freistaats entlasten. Die Menschen brauchen Beratung und Begleitung vor Ort. Die ehrenamtlichen Initiativen brauchen Unterstützung. Das muss Bayern leisten. Natürlich müssen wir die Pflege daheim auch durch Kurzzeitpflegeplätze, Tagespflege, ambulante Pflege, moderne neue Wohnformen und vieles mehr unterstützen. Hier gäbe es eigentlich ein sehr gutes Projekt namens "PflegetoNah" – Pflege im sozialen Nahraum. Damit können die verschiedenen Versorgungsformen miteinander verbunden werden. Wir kommen damit besser an die Lebensbedingungen der Men-

schen heran und können sie so wirklich wirksam unterstützen. Deswegen wird das auch sehnlichst erwartet. Leider sieht der Haushalt der Staatsregierung viel zu wenig Geld vor, um dieses gegebene Versprechen wirklich halten zu können. Im abgelaufenen Jahr 2021 gab es bei 118 Förderanträgen nur 29 Zuwendungsbescheide. Viel zu viele gehen leer aus und werden vertröstet. Dabei wissen wir doch, dass die Menschen häufig am Limit sind. Hier lohnt sich jede Investition.

(Beifall bei der SPD)

Liebe GRÜNE, Sie sagen, wir hätten zwar recht, aber der Haushalt gäbe dafür nicht genug her. Vielleicht haben Sie das mit den Investitionen noch nicht ganz verstanden. Auch bei der Förderung der Krankenhausinvestitionen hinkt Bayern weiter hinter dem tatsächlichen Bedarf her mit der Folge, dass Gelder zweckentfremdet werden müssen und der Kostendruck steigt. Mehr als die Hälfte der bayerischen Krankenhäuser meldet ein Defizit. Das ist doch ein Warnzeichen. Die Krankenhausinvestitionen müssen dringend auskömmlich finanziert werden. Wir brauchen hier noch einmal einen großen Batzen mehr. Wir müssen in die Digitalisierung und in die Barrierefreiheit investieren. Gerade die Bedürfnisse der Menschen mit Behinderungen und der Älteren müssen doch bei der Gesundheitsförderung berücksichtigt werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen auch in eine moderne und zeitgemäße psychiatrische Versorgung investieren. Dazu haben wir eine Reihe von Änderungsanträgen eingebracht. Vor diesem Investitionsbedarf wirken die Anträge der Regierungsfaktionen wie ein Klein-Klein; sie lassen kaum eigene Initiativen erkennen. Die FREIEN WÄHLER beschränken sich auf Einzelprojekte wie die Therapie mit Lamas, die in einem Kinderhospiz betrieben wird. Dafür werden 15.000 Euro in einem Staatshaushalt von insgesamt 71 Milliarden Euro aufgewandt. Ich mag Lamas und möchte auch Kinderhospize unterstützen. Wir brauchen aber nicht solche Einzelprojekte. Das ist doch wirklich ganz kleines Karo.

Die CSU konzentriert sich darauf, immer wieder wissenschaftliche Studien zu fordern und eigene Förderungen einzurichten, vorbei an den aus guten Gründen etablierten und transparenten Verfahren der Forschung. Die Wissenschaft muss unabhängig bleiben und eigene Schwerpunkte aus ihren Erkenntnissen und Bedarfen heraus setzen. Uns macht stutzig, dass Sie das der wissenschaftlichen Forschung offenbar nicht mehr zutrauen und ihr ständig hineinregieren wollen.

Wir von der SPD sehen die Gesundheitsversorgung als eine der wichtigsten und dringenden Aufgaben der Politik in Bayern an. Wir wollen in Pflege, in moderne Krankenhäuser und in die bestmögliche medizinische Versorgung für alle Bevölkerungsgruppen investieren. Sie werden sehen: Das lohnt sich.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Als nächster Redner ist schon Herr Kollege Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion unterwegs. Herr Dr. Spitzer, Sie haben das Wort.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Die Pandemie hat uns schonungslos die Schwächen unseres Gesundheitssystems vor Augen geführt. Denken wir nur an den öffentlichen Gesundheitsdienst. Es wurden massive Anstrengungen getätigt, um den Gesundheitsdienst auf ein digitales Niveau zu heben, damit er überhaupt funktioniert. Auch personell gab es hier massive Defizite. Die ersten Schritte in diesem Bereich wurden getan, weitere müssen aber folgen. Das gilt für das gesamte Gesundheitssystem, das leider mehr und mehr im Argen liegt.

Der Einzelplan 14 umfasst 885 Millionen Euro. Die FDP-Fraktion will davon insgesamt 410 Millionen Euro einsparen, abzüglich der bereits von uns zusätzlich geforderten Summen, die ich später nennen werde. Wir haben hier ein Einsparpotenzial von Geldern, die in anderen Bereichen dringend benötigt werden. Herr Krahl hat es bereits

ausführlich betont: Die Gelder werden falsch verwendet und an falscher Stelle eingesetzt.

Lassen Sie mich das Gesundheitssystem mit einem Uhrwerk vergleichen, das sehr viele Zahnräder besitzt. Einige dieser Zahnräder möchte ich Ihnen exemplarisch vorstellen. Sie wissen genau, dass diese Zahnräder ineinandergreifen. Wenn eines nicht funktioniert, dann lahmt das ganze System. Die Krankenhausplanung, die Zahl der Krankenhäuser und die Zahl der Betten, diese Themen dürfen nicht länger brachliegen. Allein aus parteipolitischen Gründen hier Abstand zu halten, ist der falsche Weg. Wir müssen diese Themen in Zukunft angehen.

(Beifall bei der FDP)

Die Pflege wird eines der wichtigsten Themen werden. Herr Holetschek hat das immer wieder betont und es nicht versäumt, diesem Thema einen zentralen Stellenwert zu geben. Ich denke aber, hier ist noch viel Luft nach oben. Sehen wir uns das Problem der Fachkräfte- und Personalgewinnung an; hier müssen wir vorwärtskommen. Wir müssen Auszubildende finden. Wir müssen die Leute wieder zurück in den Beruf bringen. Wir müssen die Akademisierung weiter voranbringen und dürfen nicht auf dem Stand bleiben, auf dem wir sind. Wir müssen außerdem Kräfte aus dem Ausland generieren.

Zur hausärztlichen Versorgung. Wir haben in Bayern aktuell 401 Kassensitze frei. 401 Arztpraxen sind nicht besetzt. Bei der Physiotherapie, der Ergotherapie, der Logopädie und bei den Hebammen, überall fehlt uns das Personal. Hier vielleicht ein kleiner Schwenk in die Praxis: Die letzten Versuche meiner eigenen Praxis, eine MFA zu bekommen, scheiterten. Es war keine zu finden. Viele Kräfte haben sich aufgrund der besseren Bezahlung für die stationäre Versorgung entschieden. Ich habe die Angst, dass dieses Uhrwerk früher oder später zum Stehen kommen wird. Gott sei Dank haben wir dieses hochmotivierte Personal. Ich danke deshalb allen, die in diesem System arbeiten.

Das Landespflegegeld wurde heute schon mehrfach angesprochen. Es gibt 430 Millionen Gründe, es abzuschaffen; denn es ist bedarfsunabhängig. Bei einem Gesamthaushalt von 885 Millionen Euro werden allein 430 Millionen Euro für das Landespflegegeld ausgegeben. Das kann nicht der richtige Weg sein, gerade vor dem Hintergrund, dass wir dieses Geld in anderen Bereichen benötigen.

Wir fordern eine Erhöhung der Förderpauschale für die Fachstellen für pflegende Angehörige um 502.000 Euro und die Errichtung eines Demenz- und Innovationsfonds, der weit über das hinausgeht, was bisher gefördert wurde, mit 5 Millionen Euro. Beim Förderprogramm PflegesoNah reichen die Placebo-Pflaster, die aktuell verteilt werden, bei Weitem nicht aus. Hier wollen wir mindestens 18 Millionen Euro mehr.

Die Aufgaben sind natürlich nicht nur auf Landes-, sondern auch auf Bundesebene zu suchen. Herr Staatsminister Holetschek, deshalb fordern wir von Ihnen, nicht nur auf den Bund zu schießen und dort Forderungen zu erheben, sondern wir fordern Sie auch auf zu liefern. Es ist an der Zeit, den Arzt wieder Arzt und die Pflegekraft wieder Pflegekraft sein zu lassen. Für unsere Entscheidungen in der Politik sollten wir immer das Wohl des Patienten zum Maßstab nehmen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Dr. Spitzer, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Herr Präsident, Sie kennen aus dem Allgäu sicher den Spruch: Stadt und Land – Hand in Hand. Meine Forderung lautet hier: Bund und Land – Hand in Hand.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Bernhard Seidenath von der CSU-Fraktion.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 14 hat sich in den

letzten Jahren deutlich gemauert. Das ist gut so. Schließlich sind die Themen Gesundheit und Pflege das Fundament von allem. Das haben nicht zuletzt die zwei Corona-Jahre gezeigt. Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts. Die Gesundheit ist privat und politisch das Wichtigste. Die Humanität einer Gesellschaft zeigt sich daran, wie sie mit den Schwächsten, mit den Pflegebedürftigen, umgeht.

Genau diesen Fundamentalsätzen folgt der Einzelplan 14, der Haushalt für das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege. Herr Kollege Harald Kühn hat das eben schon mit Zahlen unterfüttert. Deshalb sind die 885 Millionen Euro und die 154 neuen Stellen in diesem Einzelplan 14 gut angelegt und ein weiterer großer Schritt auf dem Weg in Richtung unseres gemeinsamen Ziels, die bestmögliche medizinische, pflegerische und pharmazeutische Versorgung für alle Menschen in Bayern zu erhalten, unabhängig vom Wohnort in Stadt oder Land.

Unser Ziel ist es, eine passgenaue und flächendeckende Versorgung mit ambulanten haus- und fachärztlichen Leistungen, mit stationären Leistungen, mit Leistungen von Heil- und Hilfsmittelerbringern, mit Leistungen von Reha- und Pflegeeinrichtungen sowie mit Leistungen von Apotheken in Stadt und Land gleichermaßen sicherzustellen. Dabei sind die 885,5 Millionen Euro beileibe noch nicht alle Ausgaben für Gesundheit; es kommen 643,4 Millionen Euro für die Investitionskosten für unsere Krankenhäuser dazu. Aus dem Krankenhauszukunftsfonds kommen für Digitalisierung und IT-Vorhaben 420 Millionen Euro hinzu. Der Freistaat legt noch mal 90 Millionen Euro drauf. Es kommen die Kosten der Ausbildungen der Leistungserbringer in Berufsfachschulen, in Hochschulen dazu, für die Ausbildung der Ärzte, der Pflegenden, der Apotheker, der Heilmittelerbringer, der Logopäden, der Hebammen, der medizinischen Fachangestellten, die einen so dermaßen wichtigen Job machen, und, und, und.

Hinzukommen auch die Kosten der Uniklinika einschließlich des Deutschen Herzzentrums. Das alles kommt direkt der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zugute, sozusagen vom Beginn des Lebens bis zum Ende des Lebens. Dieser Milliardenbetrag ist eine tolle Visitenkarte für das gesunde und menschliche Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe mir bei der Vorbereitung gedacht: Was kann jetzt da die Opposition kritisieren? – Im Grunde kann sie nichts kritisieren. Herr Krahl – ist er eigentlich noch da? Ah ja, da sitzt er – hat mich dann wieder eines Besseren belehrt, was man doch kritisieren kann. Sie haben auf höchstem Niveau gejammert oder, wie ich sagen möchte, auf niedrigstem Niveau. Sie haben gar nicht mal gemerkt, was wir alles für die Gesundheit tun, und haben sich ein paar Bausteine herausgegriffen. Sie haben sozusagen vor lauter Bäumen den Wald nicht gesehen.

Das Landespflegegeld mal wieder: Allen Sympathisanten der Schulze-Hartmann-Gruppe und allen Sympathisanten der FDP sei zugerufen: Sie wollen dieses Landespflegegeld abschaffen; Sie wollen den pflegenden Angehörigen dieses Geld nehmen; Sie wollen die Pflegenden schwächen, und Sie wollen ihnen Geld aus der Tasche ziehen. Das muss hier mal ganz deutlich gesagt sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Herr Kollege Krahl, mit diesem Geld für Gesundheit und Pflege fördern wir den Kampf gegen die großen Probleme in unserem Land, zum Beispiel weiterhin den Kampf gegen die Corona-Pandemie, die beileibe nicht vorbei ist. Ich kann mich nur dem dringlichen Appell an den Bund anschließen, dass er die kommunalen Impfzentren mindestens bis zum Jahresende zur Hälfte mitfinanziert; denn das ist genau der Unterschied. Sie werfen uns vor, wir nähmen das Heft des Handelns nicht in die Hand. Wir in Bayern nehmen es in die Hand. Der Bund lässt es sein; der Bund ist nicht verlässlich und kein Partner; er finanziert nicht mit. Wir finanzieren, das muss hier auch mal deutlich gesagt sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Was meinen Blutdruck noch hat steigen lassen, ist das ständige Kritisieren an unserer Körperschaft der Vereinigung der Pflegenden in Bayern. Das ist ein solcher Krampf,

Herr Krahl, was Sie da gesagt haben, dass sie abhängig sei, weil sie Geld bekommt. Im Haushalt steht überhaupt keine Bedingung, dass man da wohlgefällig sein muss. Also, so einen Krampf habe ich lange nicht gehört.

Das Entscheidende ist: Mit dem Geld, das im Haushalt steht, entlasten wir die Pflegenden. Sie würden die Pflegenden dagegen belasten durch eine Pflichtmitgliedschaft mit Zwangsbeiträgen. Das ist der Unterschied zwischen uns und Ihnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wir kümmern uns um die Erforschung von Krankheiten, die den Menschen Lebensqualität rauben, beispielsweise ME/CFS. Für eine Studie mit dem Medikament BC 007, das sehr erfolgversprechend ist, geben wir 800.000 Euro. Mit der gleichen Summe fördern wir die Vernetzung der Forscher und bayerischen Universitäten mit einer ambulanten Anlaufstelle. Xenotransplantationen, ein Simulationskreibsaal – das sind alles Themen, die wir voranbringen.

Fazit: Der Einzelplan 14 ist in den letzten Jahren deutlich gewachsen und einer der wichtigsten Einzelpläne eines Fachministeriums innerhalb des Staatshaushalts, eines Ministeriums, das bei den elementaren Lebensbereichen ansetzt, bei dem die Menschen im Mittelpunkt stehen. Ich sage deshalb Danke dem Minister Klaus Holetschek für sein ebenso segensreiches wie einfühlsames Wirken für die Betroffenen. In diesen Dank schließe ich bewusst alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums an den beiden Standorten Nürnberg und München ein, ebenso die Mitarbeiter des LGL und des Landesamtes für Pflege.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit!

Bernhard Seidenath (CSU): Jeder einzelne Cent in diesem Haushaltsplan ist gerechtfertigt und gut angelegt. Wir werden ihn aus Überzeugung und mit Freude beschließen, und ich bitte Sie, das auch zu tun.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Wir haben zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen; die erste kommt vom Kollegen Dr. Spitzer von der FDP-Fraktion.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Seidenath, Sie wissen schon: Es sind bedarfsunabhängige Leistungen, die Sie mit dem Landespflegegeld bedienen. Wir hätten diese Umverteilung dringend nötig. Dieses Geld hätten wir für verschiedene Bedarfe wirklich nötig: für die Bedarfe der Fachstellen, für pflegende Angehörige, für die Bedarfe von "PflegesoNah", für die Bedarfe von Demenzkranken. Ich könnte diese Liste noch lange fortführen. Das Geld ist knapp, aber Sie geben es bedarfsunabhängig aus. Unsere Vorschläge sind kein Wegnehmen von Leistungen, sondern ein sinnvolles Einsetzen von Leistungen.

(Beifall bei der FDP)

Bernhard Seidenath (CSU): Herr Kollege Spitzer, lieber Dominik, wir geben das Geld für die Menschen aus, für die Bedarfe der Menschen. Das ist das wichtigste und das beste Ziel, das man sich vorstellen kann. Deswegen sind wir ganz klar für dieses Landespflegegeld. Ich kann auch sagen, da ich jetzt noch eine Minute geschenkt bekommen habe, dass wir nicht nur in der Pflege das Landespflegegeld zahlen, sondern auch Kurzzeitpflegeplätze schaffen. Wir unterstützen die Familienpflege, Modellprojekte sowie die Angehörigenarbeit und die Pflegestützpunkte – 7 Millionen Euro allein dafür –, wir schaffen neue Pflegeplätze, wir vergeben Stipendien an die Pflegestudenten. Herr Krahl hat das zwar mit einem Halbsatz halb gelobt, aber dann doch wieder schlechtgemacht. Das ist doch der große Ansatz, den wir verfolgen, um neue Pflegende zu finden.

Wir werden für die weitere Umsetzung der Demenzstrategie auch Projekte aus dem Demenzfonds mit insgesamt 1,3 Millionen Euro weiter fördern. All das tun wir für den vulnerablen Menschen, der bei uns im Mittelpunkt steht. Das ist alles gut angelegtes Geld; da gibt es nichts zu kritisieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt eine zweite Zwischenbemerkung: vom Kollegen Andreas Krahl von den GRÜNEN.

Bernhard Seidenath (CSU): Hab' ich's mir doch gedacht.

Andreas Krahl (GRÜNE): – Welche Überraschung. Ja, Herr Kollege Seidenath, Sie werden auch das Thema erraten, auf das ich jetzt hinauswill, nämlich auf das Gleiche, was der Kollege Spitzer schon angesprochen hat. Jetzt gehen wir mal weg von den Haushaltsverhandlungen hier hin zu Ihrer Haushaltsrede. Sie haben nämlich davon gesprochen, dass wir den pflegenden Angehörigen das Landespflegegeld wegnehmen wollten. Das ist so nicht richtig. Ich bitte, in Ihr Gesetz zu schauen. Wir würden es den Pflegebedürftigen wegnehmen, weil es eben bedarfsunabhängig ist. Mit Ihrer Haushaltsrede – wieder diese Vermischung, Sie kennen es aus dem Ausschuss, wir bekommen diverse Petitionen dazu – schaffen Sie nicht nur eine bedarfsunabhängige Finanzierung von irgendetwas, sondern stiften auch ziemlich Verwirrung. Also, vielleicht noch mal im Sinne Ihres Wahlkampfgeschenkes eine Klarstellung, wen Sie mit dem Landespflegegeld begünstigen!

Bernhard Seidenath (CSU): Danke für die Frage, Herr Kollege Krahl. Sie haben recht: Das Landespflegegeld kommt dem zu Pflegenden zugute. Er kann damit machen, was er möchte; er entscheidet das selber. Andererseits: Drei Viertel werden zu Hause durch Angehörige gepflegt. Wenn man zu Hause pflegt, dann will sich ein zu Pflegender doch auch dankbar zeigen. Er kann das Geld ausgeben, beispielsweise um zum Frisör zu gehen, um für sich etwas Gutes zu tun; aber er kann auch dem, der sich tagein, tagaus, 365 Tage im Jahr um ihn kümmert, etwas Gutes tun. Die Wertschätzung auch gegenüber pflegenden Angehörigen ist diesem Landespflegegeld immanent. Sie haben recht, es kommt dem zu Pflegenden zugute, er allein entscheidet, was damit zu tun ist. Aber es ist eine Wertschätzung auch für den Haushalt, in dem der zu Pflegende gepflegt wird; deswegen ist das Landespflegegeld eine so tolle Insti-

tution, die wir unterstützen, die Sie – ich sage es noch einmal – komplett abschaffen wollen. Wir sind dagegen. Ich bitte Sie, dem Haushalt zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächste Rednerin ist die Kollegin Susann Enders von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Ich vermisse noch die Uhr, damit ich weiß, wie schnell ich reden muss.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Enders, wenn Sie anfangen, beginnt auch die Uhr zu laufen. Das ist ein gewisser Automatismus. Das funktioniert heute schon seit 09:30 Uhr.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, meine Damen und Herren! – Vielen Dank, jetzt sehe ich auch die Uhr. – Gesundheit und Pflege sind und bleiben elementare Säulen unseres Staates und unserer Gesellschaft. Natürlich gibt es hierbei immer auch für den Staat viele Hausaufgaben. Die gesundheitliche Versorgung wird gerade auch in Bezug auf den demografischen Wandel unsere Zukunft bestimmen.

Die Ausgaben im Haushalt im Bereich Gesundheit und Pflege steigen um knapp 50 Millionen Euro. Dass auch im Stellenhaushalt des Freistaates ausgebaut wird, ist absolut notwendig: 154 neue Stellen für den Gesundheitsbereich werden insgesamt aufgebaut, in den Regierungen und Gesundheitsämtern zum Beispiel 32 Arztstellen. Gerade mit Blick auf die gesellschaftliche Situation in Bayern und die Verteilung der Bevölkerung in Stadt und Land liegt uns als Regierungsfraktion eine flächendeckende medizinische Versorgung am Herzen. Wir müssen hier auch weiterhin handeln.

Mit der Landarztquote, die wir in dieser Legislaturperiode einführen konnten, wollen wir das Land für Ärzte wieder attraktiv machen. Das zeichnet sich im Haushalt auch als Schwerpunkt ab. Für die Landarztprämie sind im Haushaltsjahr Mittel in Höhe von

5,7 Millionen Euro veranschlagt. Wir brauchen eine stabile medizinische Versorgung in der Fläche, nicht nur in den Zentren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das zunehmende Hausärztesterben in Bayern belastet die Kommunen, insbesondere auch im ländlichen Raum. Nachdem in den letzten Jahren pro Arzt immer mehr Patienten zugewiesen wurden, hat es sich nur noch rechnerisch schöner dargestellt. Der Mangel blieb bestehen und verschärfte sich regional rasant. Die Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER mahnte schon vor 2017, dass Landärzte an der absoluten Belastungsgrenze angelangt seien. Zur Auflage eines neuen Förderprogramms zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung vor Ort durch die Kommunen werden Ausgabemittel in Höhe von 2,2 Millionen Euro, also 1 Million Euro zusätzlich, sowie eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 3 Millionen Euro veranschlagt. Insgesamt stehen zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung, besonders für die Unterstützung von Kur- und Heilbädern und der Landarztprämie für das neue Förderprogramm für die Kommunen und für das Medizinstipendienprogramm rund 14,3 Millionen Euro – also plus 1,4 Millionen Euro – zur Verfügung. Zur Förderung von 63 Gesundheitsregionen plus fließen 3,6 Millionen Euro. Für Digitalisierungs- und Telematikobjekte stehen 16,3 Millionen Euro Ausgabemittel und 12 Millionen Euro Verpflichtungsermächtigungen zur Verfügung.

Besonders am Herzen liegen uns auch die Förderung der Hebammen, das Förderprogramm Geburtshilfe und der Hebammenbonus. 31 Millionen Euro – das ist eine Hausnummer. Für die Hospizarbeit sowie für die Verbesserung der Geriatrie- und Palliativversorgung investieren wir 2,1 Millionen Euro. Bei der Krankenhausförderung im Einzelplan 13 fließen 643 Millionen Euro. Im Rahmen des vom Bund neu aufgelegten Krankenhauszukunftsfonds werden Digitalisierungs- und IT-Vorhaben der Krankenhäuser mit 70 % gefördert.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Kollegin, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Den Rest bezahlt der Freistaat. Bitte stimmen Sie zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Spitzer von der FDP-Fraktion. – Herr Spitzer, bitte.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrte Frau Enders, ganz kurz: Sie haben das Land- und Amtsarztgesetz ja gerade über den Most gelobt. Wie toll das sei! – Sie wissen schon, dass es elf Jahre dauert, bis der erste tatsächlich mal in der Praxis aufschlägt. Sie wissen hoffentlich auch, was das Projekt pro Jahr kostet. Das sind nämlich 3,5 Millionen Euro, die man sich eigentlich sparen könnte, wenn dieses Problem anders gelöst würde.

(Beifall bei der FDP)

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Herr Dr. Spitzer, ich bin froh darüber, dass es elf Jahre dauert, bis ein Arzt nach seinem Studium dann irgendwann in der Praxis ankommt. Erst dann hat er seine Fachkenntnisse. Sie müssten das genau wissen. Irgendwann muss man anfangen einzugreifen. Wir sind der Meinung, dass im Moment genau der richtige Zeitpunkt ist. Es hätte eigentlich schon viel früher sein können. Im Moment haben wir es aber angegriffen. Wir werden nichts gegen den Ärztemangel auf dem Land erreichen, wenn wir sagen: Nein, wir machen heute nichts, weil das ja elf Jahre dauert. Das müsste Ihnen eigentlich klar sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat nun der Staatsminister Klaus Holetschek. Herr Minister, bitte.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Spät am Abend behandeln wir ein aus meiner Sicht zentrales und wichtiges, wenn nicht tatsächlich das wichtigste Thema: Gesundheit und Pflege. Ich bin froh darüber, dass wir dieses Thema heute hier im Hohen Haus beraten, dass wir Politik hier im Landtag machen und uns nicht aus den Talkshows heraus Dinge anhören müssen, die dann politisch neu zu bewerten sind.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich will meine Rede aber mit einem Dank an all diejenigen beginnen, die in dieser Pandemie und insgesamt im Gesundheits- und Pflegewesen die letzten Jahre großartig gearbeitet haben, unermesslich viel geleistet haben, unermüdlich für andere da waren: Pflegekräfte, Ärztinnen und Ärzte, Mitarbeiter im öffentlichen Gesundheitsdienst und viele mehr – Respekt und Anerkennung auch von dieser Seite für die Arbeit, die dort geleistet wurde!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Lassen Sie mich, nachdem zum Haushalt ja schon verschiedene Dinge im Detail gesagt worden sind, doch versuchen, eine kurze politische Einordnung insgesamt vorzunehmen. Ich glaube, die Herausforderungen, die wir haben – sie sind uns durch die Pandemie tatsächlich noch einmal sichtbarer geworden –, sind – und zwar auf allen Ebenen von Bund, Land und Kommunen – groß und vielfältig. Wir stehen vor großen Herausforderungen im Gesundheits- und Pflegebereich und müssen jetzt die Weichen für die Zukunft, für die Menschen in unserem Land und für die gute Versorgung dieser Menschen stellen.

Herr Kollege Krahl, natürlich gibt es Dinge, die halt auf den verschiedenen Ebenen lokalisiert sind. Es gibt Zuständigkeiten, die da sind. Ich bin kein Freund von Zuständigkeiten oder von Fragen, wer denn was auf wen schiebt. Es muss aber doch klar sein, wo jetzt die Herausforderungen liegen.

Nehmen Sie die Frage der Krankenhausfinanzierung: Wir haben eine duale Krankenhausfinanzierung, die wir mit 643 Millionen Euro – an dieser Stelle gilt mein Dank dem Finanzminister und den Kommunen – nachhaltig unterstützen; wir haben sie auch verstetigt. Es kann immer mehr sein. Schauen Sie sich aber den Vergleich der Länder an. Wir stehen da nicht schlecht da.

Wissen Sie aber, was jetzt kommen muss? – Wir müssen die DRGs überarbeiten, weil die Betriebsfinanzierung der Krankenhäuser nicht mehr passt, Vorhaltekosten unzureichend finanziert werden und wir Defizite haben. Diese Hausaufgaben müssen jetzt gemacht werden. Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe hätte schon lange mal tagen können. Das Arbeitsprogramm, das Lauterbach jetzt vorgelegt hat, ist aus meiner Sicht noch nicht der Stein der Weisen. Da fehlt viel: Meilensteine, zuverlässige Planungen. Wenn wir die Krankenhäuser fit für die Zukunft machen wollen, dann müssen wir an diese Fragestellungen herangehen. Wenn wir weiter wohnortnahe Versorgung haben wollen, dann müssen wir uns gegen eine weitere Ökonomisierung des Systems und gegen investorengetriebene medizinische Versorgungszentren wenden. Auch dazu hat die Bund-Länder-Arbeitsgruppe noch nicht getagt, obwohl wir das tatsächlich schon letztes Jahr eingebracht haben. Da müssen jetzt die Hausaufgaben gemacht werden.

Wir brauchen eine Pflegereform. Die Pflegereform aus der alten Legislaturperiode war mit der Frage der Tarifbindung, mit der Frage der Entlastung in der stationären Pflege ein Beginn. Sie war aber natürlich nicht genug. Wir müssen jetzt eine Pflegereform auf den Weg bringen, damit man im Alter nicht zum Sozialfall wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das hat mit der Würde des Menschen nichts zu tun. Das muss jetzt passieren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Pflege ist natürlich das Megathema. Ich bleibe dabei. Wir müssen alles tun – an jeder Stelle –, damit wir jetzt die Arbeitsbedingungen und Gehaltsstrukturen verbessern und jetzt die richtigen Weichenstellungen vornehmen. Der Pflegebonus, der jetzt

im Bund ausgezahlt wird, ist da natürlich, obwohl es eine große Summe ist, ein kleiner Bereich. Wir wissen aber doch alle, dass es nicht ausreicht, dass es zu Ungerechtigkeiten führen wird und dass wir nachhaltige Verbesserungen brauchen. Warum hat der Bund nicht, wie wir es gefordert haben, sofort alle Zuschläge steuerfrei gestellt? Warum hat man die Gehälter der Intensivpflege nicht verdoppelt?

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das wären die richtigen Maßnahmen für die Zukunft gewesen. Man hätte das an der zuständigen Stelle alles machen können. Es hat etwas mit Glaubwürdigkeit in der Politik zu tun, dass man nicht nur darüber spricht, sondern dass man es auch tut. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich frage Sie: Wenn nicht jetzt, wann dann?

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zurufe)

Natürlich müssen wir auch im Land weitergehen. Wir brauchen natürlich auch bei PflegeSoNah – wir sind jetzt letztlich bei gut 100 Millionen Euro: rund 60 Millionen Euro plus Verpflichtungsermächtigungen – neue Aufschläge. Wir brauchen die Gemeindegewister. Wir müssen – und wir tun das auch – über sektorenübergreifende Projekte und sektorenverbindende Themen, über Flexibilisierung, Abbau von Bürokratie, Öffnung in den Sozialraum nachdenken. Wir haben jetzt schon viele Projekte gefördert. Das ist ein Programm, das zieht.

Wir brauchen Kurzzeitpflege. Die Förderung, die wir jetzt machen, steht zur Verfügung. Sie wird aber noch zu wenig wahrgenommen. Wir brauchen Tagespflege, und auch pflegende Angehörige – Kollege Peter Bauer hat es gesagt – sind ein ganz wichtiges Thema. Wir brauchen eine Art Pflegezeitgeld. Wir müssen uns jetzt mal ehrlich machen, was es uns wert ist, wenn wir Pflege in der Zukunft – ich sage es noch einmal – an jeder Stelle verbessern.

Ich will mit den Kommunen auch über Pflegeinfrastruktur reden. Wir werden im Herbst einen ersten Aufschlag machen. Wir haben mit den Spitzenverbänden die ersten Ge-

sprache über die Pflegeinfrastruktur in den Kommunen und über die Möglichkeit, gemeinsam die Weichen für gute und flexible Pflege zu stellen, eingebunden zum Beispiel mit dem Modell einer Gemeindeschwester und mit der Frage, was man stationär und was man ambulant braucht, geführt. Vielleicht müssen wir das Thema Buurtzorg-Modell, das bei uns nicht funktioniert, weil es die Sozialgesetzbücher nicht abbilden, noch einmal aufgreifen. Wir sehen die Pflege immer noch unter dem Aspekt der Abrechnungsmodalitäten, statt unter dem Aspekt der Bedürfnisse der Menschen. Das muss aufhören.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deswegen werbe ich dafür, dass wir diesen Weg gemeinsam gehen. Gemeinsam heißt, dass jeder mitmachen muss. Natürlich kann es immer noch mehr werden. Da bin ich definitiv dabei. Wir werden dafür in den nächsten Jahren an allen Stellen auch streiten. Wir brauchen aber auch den Willen dazu, dass wir diese Maßnahmen ergreifen und nicht nur darüber reden, sonst wird es in der Zukunft tatsächlich schwierig. Der Freistaat hat viele Maßnahmen auf den Weg gebracht. Es ist doch aufgelistet worden: Hebammenbonus, Fachärzte, Landarztquote, Unterstützungen, Stipendienprogramme. Das sind viele Maßnahmen, die helfen, um das Gesundheitswesen dort, wo wir zuständig sind, fit zu machen und zu unterstützen. Das wollen wir auch in Zukunft.

Wir müssen den ÖGD tatsächlich weiterentwickeln. Der Pakt für den ÖGD, über den ich als Vorsitzender der Gesundheitsministerkonferenz noch mitverhandeln durfte, bringt uns 512 neue Stellen, die jetzt schon teilweise besetzt sind, und 121 Stellenhebungen. Natürlich war der ÖGD eine Zeit lang nicht mehr im Fokus. Da müssen wir stärker rangehen. Wir müssen auch noch einmal klarmachen, was der ÖGD in der Zukunft bedeutet, welche Aufgaben er erfüllen muss: Gesundheitsförderung, Prävention, Schwerpunktämter. Wo sehen wir den ÖGD und die Gesundheitsregionen gemeinsam in der Frage der Versorgung der Menschen? Diese Themen sind für die Zukunft wichtig.

Wir müssen die Bürger einbinden. Wir haben in der Gesundheitsregion Dachau, lieber Kollege Seidenath, das erste Mal einen Bürgerrat etabliert, um die Menschen mitzunehmen, um es einmal auszuprobieren, wie Bürgerinnen und Bürger darüber sprechen, was gute Versorgung für sie bedeutet. Da wird es jetzt bald die ersten Ergebnisse geben, und ich bin gespannt, wie die Einbindung der Menschen funktioniert. Wir müssen von unten aufbauen und über diese Fragen außerhalb dieser Ketten und Systeme freier nachdenken. Diese Versuche sollten wir gemeinsam machen.

Ein wichtiges Thema der Zukunft – ich wundere mich, dass es noch gar nicht angesprochen worden ist – ist der Gesundheitsschutz und der Klimaschutz. Diese beiden Themen sind aus meiner Sicht extrem wichtig. Darin liegt die Zukunft. Ich hätte mich jetzt auch noch beim Kollegen Glauber bedankt, weil wir genau an dieser Schnittstelle arbeiten. Wir haben eine Landesarbeitsgemeinschaft ins Leben gerufen. Der zweite Workshop zu den Hitzeaktionsplänen findet statt. Wir reden über Allergien. Wir sind führend bei Pollenmesssystemen, und wir reden über die Frage, welche neuen Mückenarten Folgen des Klimawandels sind und welche Krankheiten sie bei uns einschleppen. Gesundheitsschutz und Klimaschutz gehören zusammen.

Green Hospital ist ein Thema, das wir noch weiter finanziell unterlegen müssen. Wir haben mit zwei Millionen eine Studie über dieses Thema auf den Weg gebracht, mit der wir ermitteln wollen, was Nachhaltigkeit in den Krankenhäusern heißt. Wo können wir beim Müll, beim Strom oder beim Heizen gemeinsam besser werden? – Klimaschutz und Gesundheitsschutz sind die Zukunftsthemen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen und wollen.

Die Aufgaben sind groß, sie werden auch nie aufhören zu existieren. Wir sind mit manchen Maßnahmen noch nicht so weit, wie wir es sein könnten und sein wollten. Ich sage Ihnen mit Fug und Recht: Wir müssen jetzt aus dieser Pandemie kommen. Wir müssen die Chancen dieser Krise begreifen und sie nutzen, um das System zu optimieren. Wir müssen, lieber Walter Nussel, Regulierungen und Systeme, die überborden, bei denen wir an einem Punkt sind, an dem wir Maß und Mitte nicht mehr fin-

den, zurückdrängen. Das gilt auch zum Beispiel für die Ärzte und die Hausärzte. Ich denke daran, wie die Bürokratie dort inzwischen den Arbeitsalltag steuert und wie der Beruf immer unattraktiver wird, weil man nur noch im System hängt und am Wochenende die Bürokratie abarbeitet, damit man der eigentlichen Arbeit an den Patientinnen und Patienten wieder nachkommen kann.

Die Herausforderungen sind groß. Der Haushalt ist gut. Ich bedanke mich bei allen, die mitgewirkt und mitgeholfen haben. Wir werden in den nächsten Jahren viele Themen haben, über die wir weiter gemeinsam beraten können, für die Menschen in unserem Land, für die Gesundheit der Menschen und für unser schönes Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Minister, Gesundheitspolitiker haben viel Kondition. Wir haben noch zwei Zwischenbemerkungen, zunächst eine vom Kollegen Dominik Spitzer.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Staatsminister Holetschek, ich teile viele Ihrer Ausführungen und bin auch bei vielen dieser Themen mit dabei. Völlig falsch liegen Sie aber mit der immer wieder auftretenden Forderung Ihrerseits, die Gehälter des Intensivpersonals zumindest für ein Jahr zu verdoppeln. Wissen Sie, was dann passiert, wenn wir diese Forderung tatsächlich erfüllen würden? – Das Personal reduziert seine Arbeitszeit. Das erlebt man immer wieder, wenn man entsprechend Geld verdient und durch die Arbeit massiv belastet ist. Dann reduziert man die Arbeitszeit. Diese Forderung wäre absolut kontraproduktiv.

(Beifall bei der FDP)

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Wir haben zusammen mit der Krankenhausgesellschaft und anderen Institutionen zum Höhepunkt der Delta-Variante ein umfangreiches Paket auf den Weg gebracht. Wir hatten damals 1.067 Intensivbetten belegt, und wir beide wissen, dass es nicht um die Zahl der vorhandenen

Betten, sondern um die Frage des Personals ging. Deshalb habe ich versucht, an verschiedenen Stellen zu untersuchen, wie wir Personal gewinnen und wie wir Personal auch unterstützen können. Das haben wir in Bayern mit einem Intensivpflegebonus von 39 Millionen Euro gemacht. Natürlich hätte man befristet für ein Jahr mit Boni, Steuerfreiheit und anderen Instrumenten ein Signal für diese hochbelastete Branche setzen können. Das war eine Bundesratsinitiative. Viele Länder hätten gerne mitgemacht. Sie haben sich vielleicht nicht getraut. Ich glaube, es wäre einfach ein Signal, jetzt etwas zu tun.

Wir sehen, wie wir mit dieser Milliarde für den Bonus in Schwierigkeiten kommen. Wer bekommt den Bonus, etwa die Langzeitpflege? Wie viele Krankenhäuser sind überhaupt beteiligt? Wer musste wann Pandemiepatienten behandeln? Das funktioniert nicht richtig, und deswegen wäre es gut und nachhaltig gewesen, alle Zuschläge von der Steuer zu befreien und am Höhepunkt der Delta-Variante, als die Intensivstationen am stärksten belastet waren, einmal ein Signal zu setzen. Dazu stehe ich, und das wäre der richtige Weg gewesen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer weiteren Zwischenfrage hat sich der Kollege Andi Krahl gemeldet.

Andreas Krahl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister, lieber Klaus, nach deiner Rede könnte man meinen, du hättest deine ganze Redezeit für den kompletten Staatshaushalt verwendet. Wenn man ehrlich ist und in den Staatshaushalt hineinschaut, stellt man fest, du hast fast die Hälfte des Staatshaushalts vergessen. Ich könnte dir in allen Punkten zustimmen, wenn wir 885 Millionen Euro für jede einzelne deiner Forderungen ausgeben könnten. Das tut die Staatsregierung aber nicht, weil sie 430 Millionen Euro im Rahmen des Landespflegegeldes ohne Bedarfsermittlung einfach als Wahlgeschenk weitergibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das muss an der Stelle gesagt werden, weil so keine Probleme gelöst werden. Ich traue mir auch zu sagen – und bin auf deine Reaktion gespannt –, dass wir mit dieser bedarfsunabhängigen Auszahlung eines Landespflegegeldes nicht eine einzige deiner Forderungen, die du in deiner Haushaltsrede gestellt hast, in Zukunft werden erfüllen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Das Landespflegegeld ist tatsächlich etwas, was man nicht so beschreiben kann, wie du es vielleicht vorhin in deiner Rede zu adressieren versucht hast, wofür wir genau investieren müssen. Es ist etwas, was an die Menschen und die Emotionen hingeht und was die Menschen tatsächlich auch zu schätzen wissen, es vielleicht aber nicht jeden Tag sagen. Ich war Bürgerbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung und weiß das aus den Briefen der Menschen, die sich für die Möglichkeit bedankt haben, mit diesem Geld etwas zu tun, auch wenn es nur an den Angehörigen weitergegeben wird oder es nur ein Signal der Wertschätzung oder des Dankes für die Zuwendung ist. Dafür ist es da. Der Mensch muss auch noch zurechtkommen; dafür verwenden wir es. Dafür ist es auch richtig.

Wir werden uns insgesamt weiterhin darüber unterhalten, wie wir das System verbessern können. Ich bin da in allen Punkten diskussionsbereit; ich verschließe mich also keiner Diskussion. Ich wehre mich bloß dagegen, das einfach so in die Ecke zu stellen und zu sagen, das sei nichts und das bringe nichts. Es kommt direkt, einfach und unbürokratisch bei den Menschen an. Ich kenne viele, die dankbar dafür sind, dass sie es bekommen. Deswegen glaube ich, dass das gut investiertes Geld ist.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2022, Einzelplan 14, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/20161 mit 18/20171, 18/20200 mit 18/20211, 18/20269 mit 18/20283, 18/20408 mit 18/20415, 18/20417 mit 18/20422, 18/20454 mit 18/20459, 18/20493 mit 18/20501 und 18/20539 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/21907.

Es folgen nun die Abstimmungen über die beiden Änderungsanträge der AfD-Fraktion in einfacher Form. Zuerst lasse ich über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Erhöhung der Mittel für den Defizitausgleich für Abteilungen Gynäkologie und Geburtshilfe an Krankenhäusern" auf Drucksache 18/20411 abstimmen. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen.

Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion entgegen dem Ausschussvotum zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Es folgt nun die Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Digitalisierung in der Pflege" auf Drucksache 18/20413. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ebenfalls zur Ablehnung empfohlen.

Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion entgegen dem Ausschussvotum zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 14 selbst. Der Einzelplan 14 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf der Drucksache 18/21907 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 14 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich in der gleichen Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der AfD, der SPD und der FDP. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Einzelplan 14 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 22)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP. Gegen-

stimmen! – Das ist die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen sehe ich keine. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen – Drucksache 18/21907 – weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/20454 mit 18/20459, 18/20493 mit 18/20501 und 18/20539 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 14 ist abgeschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben heute ein bisschen später begonnen. Deswegen haben wir auch länger gebraucht. Zwölf Stunden sind vorbei; in gut elf Stunden werden wir uns wiedersehen. Wir freuen uns darauf. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 21:44 Uhr)

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 13

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 14

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Barrierefreiheit in Krankenhäusern
(Kap. 14 03 TG 77)
Drs. 18/20161
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Teilstationäre und ambulante Pflege im Programm „Pflegesozial“ 1
(Kap. 14 04 Tit. 891 86)
Drs. 18/20162
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Teilstationäre und ambulante Pflege im Programm „Pflegesozial“ 2
(Kap. 14 04 Tit. 892 86)
Drs. 18/20163
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Teilstationäre und ambulante Pflege im Programm „Pflegesozial“ 3
(Kap. 14 04 Tit. 893 86)
Drs. 18/20164

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Ausbau von Pflegestützpunkten
(Kap. 14 04 TG 57)
Drs. 18/20165
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Praxisanleitung in der akademischen Pflegeausbildung finanzieren
(Kap. 14 04 TG 72 - 73)
Drs. 18/20166
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Ersatzneubau von Altenpflegeeinrichtungen
(Kap. 14 04 TG 86)
Drs. 18/20167
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Modernisierung von Altenpflegeeinrichtungen
(Kap. 14 04 TG 86)
Drs. 18/20168
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Rückkehrbonus für Pflegekräfte
(Kap. 14 04 neuer Tit.)
Drs. 18/20169
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Investitionen in die soziale Infrastruktur – Ausbau der psychiatrischen mobilen Krisendienste
(Kap. 14 05 Tit. 633 63)
Drs. 18/20170

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Investitionen in die soziale Infrastruktur – Beteiligung der Selbsthilfe an der Psychiatrieplanung
(Kap. 14 05 Tit. 686 63)
Drs. 18/20171
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Patienten- und Pflegebeauftragter
(Kap. 14 01 Tit. 534 01)
Drs. 18/20200
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Qualifizierung des Personals der Fachstellen für Pflege- und Behinderteneinrichtungen – Qualitätsentwicklung und Aufsicht (FQA)
(Kap. 14 04 Tit. 525 70)
Drs. 18/20201
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Studien, Gutachten, Forschungsaufträge und dgl.
(Kap. 14 04 Tit. 526 76)
Drs. 18/20202
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Landespflegegeld nach dem Bayerischen Landespflegegeldgesetz
(Kap. 14 04 Tit. 681 84)
Drs. 18/20203
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen
(Kap. 14 04 Tit. 684 57)
Drs. 18/20204
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen
(Kap. 14 04 Tit. 684 76)
Drs. 18/20205

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen
(Kap. 14 04 Tit. 892 86)
Drs. 18/20206
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen
(Kap. 14 04 Tit. 891 86)
Drs. 18/20207
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland
(Kap. 14 04 Tit. 893 86)
Drs. 18/20208
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Entgelte der Arbeitnehmer
(Kap. 14 23 Tit. 428 63)
Drs. 18/20209
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten
(Kap. 14 23 Tit. 547 63)
Drs. 18/20210
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Hard- und Software
(Kap. 14 23 Tit. 812 63)
Drs. 18/20211
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium für Gesundheit und Pflege
(Kap. 14 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/20269

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Elmar Hayn u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
(Kap. 14 02 neuer Tit.)
Drs. 18/20270
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Sektorenübergreifende Versorgung stärken
(Kap. 14 03 Tit. 686 64)
Drs. 18/20271
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Schaffung niedrigschwelliger Versorgungsstrukturen
(Kap. 14 03 TG 64 neuer Tit.)
Drs. 18/20272
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegebereich
(Kap. 14 03 TG 75)
Drs. 18/20273
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Erweiterung Hebammenbonus, Niederlassungsprämie Hebammen
(Kap. 14 03 TG 87)
Drs. 18/20274
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Green Hospital
(Kap. 14 03 TG 90)
Drs. 18/20275
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Refinanzierung Praxisanleitung in der hochschulischen Pflegeausbildung
(Kap. 14 04 TG 72 - 73)
Drs. 18/20276

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Akademisierungsquote und Wissenschaftliche Untermauerung in der Pflege stärken
(Kap. 14 04 TG 72 - 73)
Drs. 18/20277
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Vereinigung der Pflegenden in Bayern
(Kap. 14 04 TG 82)
Drs. 18/20278
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Abschaffen des Landespflegegeldes
(Kap. 14 04 TG 84)
Drs. 18/20279
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Verbesserung der Versorgungsstrukturen und der Pflegeinfrastruktur, Pflegeforschung
(Kap. 14 04 TG 86)
Drs. 18/20280
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Verstärkung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Spielsucht
(Kap. 14 05 Tit. 547 01)
Drs. 18/20281
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Digitalisierung der Gesundheitsverwaltung
(Kap. 14 05 TG 56)
Drs. 18/20282
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Digitale Betreuung von Menschen mit psychischer Erkrankung in medizinischer Rehabilitation
(Kap. 14 05 neuer Tit.)
Drs. 18/20283

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Reduzierung der Ausgaben für Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände
(Kap. 14 01 Tit. 511 01)
Drs. 18/20408
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Reduzierung der Ausgaben für die Reisekostenvergütung bei Dienstreisen
(Kap. 14 01 Tit. 527 01)
Drs. 18/20409
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Reduzierung der Ausgaben für Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen
(Kap. 14 01 Tit. 812 01)
Drs. 18/20410
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Erhöhung der Mittel für den Defizitausgleich für Abteilungen Gynäkologie und Geburtshilfe an Krankenhäusern
(Kap. 14 03 Tit. 633 86)
Drs. 18/20411
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Reduzierung der Kosten für Zuschüsse an Sonstige
(Kap. 14 03 Tit. 686 97)
Drs. 18/20412
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Digitalisierung in der Pflege
(Kap. 14 03 TG. 75)
Drs. 18/20413
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Finanzielle Sicherheit für Krankenhäuser
(Kap. 14 03 neuer Tit.)
Drs. 18/20414

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuweisungen an den Ausgleichsfonds
(Kap. 14 04 Tit. 684 72)
Drs. 18/20415
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Erhöhung der Mittel für PflegesoNah
(Kap. 14 04 TG 86)
Drs. 18/20417
48. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bildungsmöglichkeiten für in der Pflege Tätige
(Kap. 14 04 neuer Tit.)
Drs. 18/20418
49. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kosten für eine Beschaffung und Bevorratung von Medikamenten und Impfstoffen für Versorgungsmaßnahmen gegen eine mögliche Influenza-Pandemie
(Kap. 14 05 Tit. 514 53)
Drs. 18/20419
50. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Reduzierung der Ausgaben für Veranstaltungskosten
(Kap. 14 05 Tit. 540 60)
Drs. 18/20420
51. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Streichung der Ausgaben für den Ausbau eines elektronischen Polleninformationsnetzwerkes Bayern (ePIN)
(Kap. 14 23 TG 61)
Drs. 18/20421
52. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Vereinigung der Pflegenden in Bayern
(Kap. 14 04 TG 82)
Drs. 18/20422